

zweiter Vorschlag – Erschwerung des Familiennachzugs und Anforderung von Deutschkenntnissen – ist ebenfalls geltendes Recht, der Familiennachzug ist in den letzten Jahren wesentlich zurückgegangen. Die weiteren Vorschläge – Ganztagschule und Deutsch für Migrantenkinder, Sprachstandstest – sind ebenfalls verwirklicht. Übrig bleibt nur der Vorschlag einheitlicher Curricula für Deutsch und Mathematik.

Trotz seiner Länge und all seiner Lese-früchte bleibt *Sarrazins* Buch unterkomplex. Den Sozialstaat diskutiert er nur im Straf-Erziehungs-Modus, Alternativen wie der Umbau der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates werden nicht verfolgt. Bemerkenswert ist auch die fast völlige Ausblendung der seriösen Migrationsliteratur. Sie würde viele Daten liefern, die gegen die xenophoben Vorurteile *Sarrazins* stehen. So hat Rahsaan Maxwell in einem Aufsatz von 2010 gezeigt, dass die „erste Generation“ der Migranten in Deutschland und 23 anderen europäischen Ländern höheres Vertrauen in Parlamente, Regierungen und Demokratien der Einwanderungsländer hat und das Ausmaß dieses Vertrauens in der „zweiten Generation“ auf das Maß der einheimischen Bevölkerung absinkt. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen hat 2010 ähnliche Ergebnisse publiziert. Danach haben Menschen mit und ohne Zuwanderungshintergrund ganz weitgehend die gleichen normativen Erwartungen und ganz überwiegend auch positive Erfahrungen in Bezug auf das Zusammenleben. 93,8 Prozent der Menschen ohne und 95,3 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich in Deutschland wohl – ganz im Gegensatz zu den Horrorbildern *Sarrazins*.

Zwei Deutsche mit Migrationshintergrund haben ausgewogenere und zukunftsorientiertere Bilder der Situation entworfen. *Benjamin Idriz*, Imam der Gemeinde im oberbayerischen Penzberg, formuliert ein anthropozentrisches Weltbild mit Trennung von Religion und Staat und der Gleichberechtigung der Frau, einschließlich von Frauen als Imamen. Wäre er katholischer Theologe, so würde ihn das in Schwierigkeiten bringen. Der Schriftsteller *Zafer Şenocak* trägt die Vorstellung eines offenen „Deutschseins“ vor – eines Deutschland, das seine Talente produktiv weiter entwickelt und seine Traumata bewältigt, statt sich zu verschließen und in idiosynkratischen Bauchkrämpfen zu wälzen. Er weist insbesondere auf die Offenheit deutscher Wissenschaftler und Dichter im 18. und 19. Jahrhundert gerade auch gegenüber dem Islam hin – Goethe beispielweise nicht als Ikone der Abgrenzung, sondern als Autor des west-östlichen Diwans. Liest man *Şenocak*, so wird noch einmal klar, wie engstirnig und regressiv weite Teile der *Sarrazin*-Diskurse der letzten Monate gewesen sind. In der Kommunikationswissenschaft wird ein solches Phänomen als Pseudoskandal bezeichnet.

Dietrich Thränhardt

POLITISCHE SYSTEME

Bevir, Mark. *Democratic Governance*. Princeton and Oxford. Princeton University Press 2010. 301 Seiten. 30 USD (Paperback)/20,59 €.

Die Literatur zum Thema Governance ist mittlerweile längst unübersichtlich

geworden und stellenweise scheint es so, als ob sich das Forschungsfeld eher durch Quantität als durch Qualität auszeichne. Von dieser Einschätzung ist aber ausdrücklich die Studie *Mark Bevir* über *Democratic Governance* auszunehmen, die eine „Genealogie“ (10) der neuen Formen des Regierens zu leisten versucht, indem sie deren Aufkommen in der praktischen Politik an die Entwicklung modernistischer sozialwissenschaftlicher Theorien knüpft. Der Band ist in drei Teile mit jeweils drei Kapiteln unterteilt. Im ersten Teil beschäftigt sich *Bevir* vor allem mit den theoretischen Grundlagen der neuen Regierungsformen, die seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts zunächst im anglo-amerikanischen Raum, aber längst auch darüber hinaus etabliert wurden. Der zweite Teil konzentriert sich zunächst analytisch-abstrakt auf die problematischen Auswirkungen dieser Reformen insbesondere im Hinblick auf Fragen demokratischer Repräsentation und institutioneller Rechenschaftspflichten. Im weiteren Verlauf illustriert *Bevir* diese Problematik anhand des konkreten Beispiels von Verfassungsreformen in Großbritannien, wie sie Ende der 90er Jahre unter New Labor durchgeführt wurden. Im dritten Teil wendet sich der Band der öffentlichen Verwaltung und ihrer Transformation im Zeichen neuer Theorien von Governance sowie, allgemeiner, Fragen der „Public Policy“ zu. Die entsprechenden Probleme veranschaulicht *Bevir* am Beispiel von unternommenen Polizeireformen in Großbritannien.

Bevirs Argumentation ist komplex und ambitioniert. Er versucht darzulegen, dass die Reformen des Regierens („the new governance“) im Rahmen der ersten Welle des Neoliberalismus unter

der Regierung Thatcher auf bestimmten Theorien und Narrativen beruhen, die auf den Annahmen der Theorie rationaler Wahl gründen. Die Reformen unter New Labor, die sich als zweite Welle des Neoliberalismus verstehen lassen und die im Mittelpunkt der Betrachtungen des Buchs stehen, versteht *Bevir* als letztlich erfolglose Reaktion auf die demokratietheoretischen Probleme und Defizite, die im Gefolge der ersten Reformwelle sichtbar wurden. Diese Reformanstrengungen berufen sich auf andere theoretische Grundannahmen, welche *Bevir* vor allem im Bereich des soziologischen Institutionalismus verortet. Der Grund für das Scheitern der zweiten Reformwelle bei der Bewältigung der demokratischen Defizite liegt laut *Bevir* darin, dass beiden Theoriesträngen bei allen sonstigen Unterschieden ein expertokratischer und beinahe szientistischer Zug gemeinsam ist, dem *Bevir* eine andere Form der Theoriebildung entgegensetzt, auf der dann wiederum auch alternative politische Praxen aufbauen können sollen. Er vertritt die Position einer interpretativen Sozialwissenschaft, die im Gegensatz zu Rational Choice und Institutionalismus das sinnhafte Handeln von Akteuren in den Mittelpunkt stellt, welche vor dem Hintergrund bestimmter Konstruktionen der sozialen Welt agieren, und das sich im Übrigen als historistisch und nominalistisch versteht. Der Rückgriff auf eine solche Theorie, die lokale Wissensbestände gegen vorgebliche sozialwissenschaftliche Expertise ins Feld führt, soll alternative Regierungspraktiken anleiten, die dann tatsächlich in der Lage sein sollen, die demokratischen Defizite nicht durch ein letztlich aussichtsloses Festhalten an konventionellen Vorstellungen politischer Reprä-

sentation, sondern durch eine stärker deliberativ und partizipatorisch orientierte Ausrichtung zu überwinden: „Current responses to the democratic dilemmas posed by the new governance often buttress representative democracy with expertise based on modernist social science. But if such expertise is a fallacy – if modernist social science cannot deliver on its promises – then we cannot rely on it to supplement representative democracy. Perhaps we may turn instead to less formal, more participatory practices to supersede representative ones” (270).

Die Studie profitiert vor allem vom breiten Wissen des Verfassers, dessen Kompetenz sowohl die politische Theorie als auch die Policy-Analyse umfasst – was sich unter anderem auch in einem äußerst hilfreichen Fußnotenapparat niederschlägt, der einen sehr guten Überblick über die unterschiedlichen Bereiche der Literatur bietet. Dadurch verbinden sich in *Bevirs* Untersuchung theoretische und empirische Analysen auf überaus fruchtbare Weise. Hinzu kommt, dass der Autor gerade im Bereich der politischen Theorie nicht nur verschiedene Ansätze referiert, sondern auf der Grundlage seines eigenen Ansatzes einer interpretativen Sozialtheorie der Leserin einen originellen Zugriff auf die demokratietheoretische Problematik bietet, die sich aus der Transformation von Staatlichkeit durch die neuen Formen des Regierens ergeben.

Einziges Defizit dieser ansonsten sehr lesenswerten Studie dürfte die etwas unübersichtliche interne Struktur der Kapitel sein, die nicht zuletzt auf der Vielzahl der Unterkapitel beruht, deren Anordnung an manchen Stellen eine gewisse Stringenz vermissen lassen.

Thomas Biebricher

POLITIKFELDER UND POLITIKIMPLEMENTATIONEN

Buss, Wolfgang, und Güldenpfennig, Sven (Hrsg.). *Politik im Sport. Dokumentation des Symposiums „Sportpolitik als wissenschaftliche Entwicklungsregion“ am 18./19. Juni 2009 in Göttingen*. Hildesheim, Arete Verlag Christian Becker 2010. 197 Seiten. 19,95 €.

Die Notwendigkeit einer politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Sport wird zunehmend erkannt. Zwar gibt es, im Gegensatz zu Nachbardisziplinen wie Philosophie, Psychologie oder Soziologie, noch kein internationales Journal zur Sportpolitik (siehe zu einer Übersicht wissenschaftlicher Sport-Journals die Introduction in Jay Coakley und Eric Dunning, „Handbook of Sports Studies“, letzte Auflage aus dem Jahr 2008). Doch entstehen immer mehr politikwissenschaftliche Arbeiten in diesem Bereich. Eine Bestandsaufnahme zur Forschung im deutschsprachigen Raum liefert dabei der vorliegende Sammelband von *Wolfgang Buss* und *Sven Güldenpfennig*, der auf ein Symposium basiert, das zur Verabschiedung der beiden Kollegen veranstaltet worden ist (171).

Michael Groll (136) erläutert, dass die Rolle des Staates sich nicht nur darauf beschränkt, finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die die Ausübung von Sport ermöglichen. Andere Funktionen sind die „Bildung nationaler Identität durch Sport, diplomatisches Potenzial des Sports (sowohl Annäherung als auch Distanzierung) und Sport als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit, als Teil des größeren Bereichs sozialer Integration durch Sport, die sich etwa auch auf die Ziel-